

Basta!

Nr. 2 / Mai 2013

Basels starke Alternative

So nicht!

Nein zur Verschärfung des Asylgesetzes

Mutationen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Am 9. Juni stimmen wir über die erneute Verschärfung des Asylgesetzes ab. Basta! hat das Referendum gegen diese Vorlage aktiv mitgetragen. Mit der aktuellen Revision des Asylgesetzes wurden Massnahmen beschlossen, die die Menschenrechte von Asylsuchenden und Flüchtlingen in schwerwiegender Weise verletzen.



Schon seit Jahren wird das Asylrecht kontinuierlich ausgehöhlt. Den Boden dafür bereitet hat die SVP mit ihren Hetzkampagnen. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament disqualifizierte sich als willfährige Vollstreckerin

dessen, was die Rechtsausserpartei vorgeplant hat. Es ist zu hoffen, dass die Bevölkerung langsam genug hat von den immergleichen Provokationen und menschenverachtenden Abstimmungskampagnen.

Rund 43 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Ursachen sind brutale Bürgerkriege, Klimaveränderung, politische Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen und soziale Not. Allerdings bleiben 80 Prozent der Menschen, die auf der Flucht sind, in ihren Herkunftsregionen. Die ohnehin schon armen Länder des Südens tragen die Hauptlast des Flüchtlingselends. Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge sucht Asyl in Europa und der Schweiz.

Vor diesem Hintergrund sind die restriktiven Massnahmen in der Schweiz doppelt beschämend. Die Abschaffung des Botschaftsasyls trifft die Schwächsten am stärksten. Es sind vor allem Frauen, Kinder und Betagte, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Sie werden nun in die

Hände von Schleppern getrieben. Kriegsdienstverweigerung und Desertion nicht mehr als Asylgrund anzuerkennen bedeutet, dass die betroffenen Personen höchstens noch vorläufig in der Schweiz aufgenommen werden. So bleiben sie jahrelang von ihren Familien getrennt. Die Möglichkeit, „renitente“ Asylsuchende in Inter-

nierungslagern einzusperren, öffnet der Willkür Tür und Tor.

Nur knapp ein Prozent der in der Schweiz lebenden 8 Millionen Menschen sind entweder Asylsuchende oder anerkannte Flüchtlinge. Und das soll für die reiche Schweiz nicht tragbar sein?

Martin Flückiger



Aktion „Bootsflüchtlinge“ am Kleinbasler Rheinufer. Mit dieser Aktion wollten wir darauf aufmerksam machen, dass unsere Politik Menschen untergehen lässt.

Zwischennutzungen im Laufgitter, Besetzung im – vorläufigen – Glück

Klybeckquai

Anfang Mai feierten zwei Angebote auf dem Areal des Klybeckhafens – die Marina Bar und die Skateboardanlage Portland – ihre zweite Saisonöffnung. Mit von der Partie war auch der Verein I-Land, eine Art Dachverband, den die Zwischennutzer gründen mussten, um für die Verwaltung und die Hafenbehörden valable Ansprechpartner zu sein.



Wie schon im letzten Sommer können auch in diesem Jahr erst zwei Projekte stattfinden. Die übrigen warten noch immer auf das Ende des langen Prozesses bis zur behördlichen Bewilligung.

Einige potentielle Zwischennutzer haben inzwischen auch schon frustriert das Handtuch geworfen. Der Spiessrutenlauf der Projekteingabe, des Wettbewerbs, gefolgt von diversen Bewilligungsverfahren, verbunden mit Verzögerungen durch Einsprachen und wachsender Unsicherheit kostet Energie und Nerven. Dabei sollte auf dem Klybeckquai ein neuer Freiraum entstehen, ein buntes, vielfältiges, nicht kommerzielles Kultur- und Freizeitangebot für das Quartier und die ganze Stadt. Zwischennutzungen sollten laut Projektauftrag „als Pioniere der ersten Stunde an der Entwicklung des Klybeckquais beteiligt sein“, sie sollten „wichtige Impulse setzen“ und gleichzeitig mithelfen, „die anvisierte Transformation des Hafengebiets zu einem urbanen Stadtteil zu unterstützen“.

Es sind grosse Erwartungen, die die Verwaltung in die Zwischennutzungen setzt. Ein Vertreter des Vereins I-Land bezeichnete die ZwischennutzerInnen selbst-

ironisch als „Pausencloowns“, die das Hafengebiet bespielen dürfen, bis die „richtigen“ Bepflanzungen, die Hochhäuser von Rheinhattant den Platz beanspruchen. Aber auch Pausencloowns brauchen Raum, um ihren Witz und ihren Charme zu entfalten. Die aktuelle Situation bei den Zwischennutzungen zeigt auf, dass lebendige, kreative Projekte nur schlecht gedeihen, wenn sie von oben herab kontrolliert und angeordnet werden und wenn sie den üblichen Instanzenweg für die Bewilligung durchlaufen müssen.

Auf einer ungenutzten Brache, kaum 100 Meter neben den Zwischennutzungen, haben sich seit Ende März mehrere junge Leute mit ihren Wohnwagen niedergelassen. Nachdem sie ihren Winterplatz in einem engen Hinterhof an der Freiburgstrasse aus feuerpolizeilichen Gründen verlassen mussten, haben sie sich entschlossen, das Gelände am Klybeckquai zu besetzen. Dieser Ort ist für ihr Wohn- und Lebensprojekt geradezu ideal, und die Hafendirektion hat inzwischen auch eine Duldung dieser Besetzung bis nach den Sommerferien ausgesprochen. In einer Medienmitteilung begrüsst BastA! die Wagenburg als Farbtupfer in einer Stadt, die an Überreglementierung zu ersticken droht. Der Verein I-Land seinerseits heisst auf seiner Homepage die neuen Nachbarn herzlich willkommen

und zeigt sich überzeugt, dass „die BesetzerInnen des ehemaligen Migrolareals die Zwischennutzung des Klybeckquais fruchtbar und kreativ ergänzen werden.“

Diesem Willkommensgruss folgt eine interessante Analyse: „Unsere Herangehensweisen könnten unterschiedlicher nicht sein. Der Verein I-Land arbeitet seit eineinhalb Jahren mit den Behörden und der SRH in einem aufwendigen Prozess an der legalen Zwischennutzung des Klybeckquais. (...) Wohlwollend aber nicht ganz neidlos stellen wir fest, dass die BesetzerInnen dafür nur ein paar Stunden benötigten. Zwei Strategien für städtische Freiräume, die wir mit Interesse verfolgen.“

Auch BastA! wird die weitere Entwicklung der Nutzungen auf dem Klybeckquai mit Interesse verfolgen und wird sich weiterhin für den Verbleib der Wagenleute einsetzen. Das Gebiet des Klybeckquais ist gross genug, so dass sowohl Projekte, die den Instanzenweg gehen können und wollen, als auch spontane, unkonventionelle Nutzungen ihren Platz haben sollen.

Heidi Mück



Eine der zwei bereits realisierten Zwischennutzungen auf dem Areal des Klybeckhafens: Skateboardanlage Portland

Nein zur Volkswahl des Bundesrates.

Eine Annahme der SVP-Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates würde die Demokratie nicht stärken, sondern schwächen. Der Kanton Tessin beispielsweise hätte kaum mehr eine Chance, je einen Bundesrat oder eine Bundesrätin zu stellen. Im Wahlkampf wären die Spiesse ungleich lang. Die finanzstarken Parteien wären krass bevorteilt. Im Bundeshaus würde Dauerwahlkampf herrschen. Statt gemeinsam um Lösungen für unser Land zu ringen, wäre jede Bundesrätin / jeder Bundesrat darauf aus, sich auf Kosten der andern zu profilieren und publikumswirksam in Szene zu setzen. Deshalb hat BastA! die Nein-Parole beschlossen.

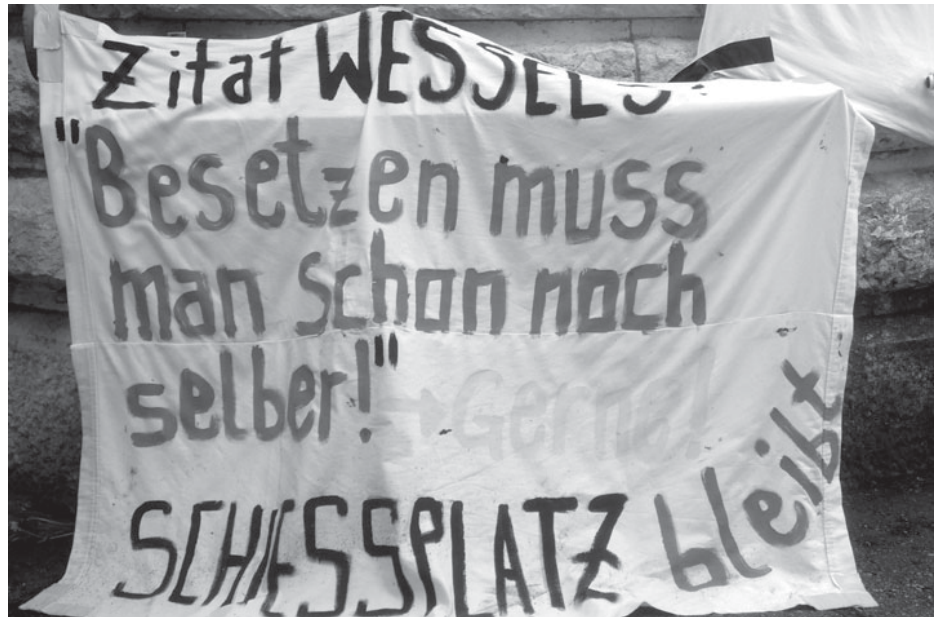
Abruptes Ende eines zukunftsweisenden Projekts

Schiessstand Allschwilerweiher

Nur gut vier Wochen hat die Besetzung des Schiessplatzes Allschwilerweiher gedauert. Dann hat die Polizei auf Antrag von Immobilien Basel das Gelände geräumt. Damit wurde ein zukunftsweisendes Projekt unterbunden, bevor es sich richtig entfalten konnte. BastA! ist von dieser Entwicklung zutiefst enttäuscht, zumal eine rot-grüne Regierung dafür verantwortlich zeichnet.

Der Schiessplatz Allschwilerweiher wurde von jungen, engagierten Menschen besetzt, die sich Einiges vorgenommen hatten. Das Schützenhaus sollte ein rund zehnköpfiges Wohnkollektiv beherbergen. Doch den Besetzerinnen und Besetzern schwebte wesentlich mehr vor. Der ehemalige Schiessstand sollte zu einem offenen Ort der Begegnung, des Experimentierens mit kollektiven Wohn- und Arbeitsformen werden, eine Art Labor für Menschen, die dem kapitalistischen Leistungsdruck und Konsumzwang etwas anderes entgegensetzen wollen: ein möglichst selbstbestimmtes Leben, gemeinsam mit andern, und immer den Andern respektierend.

„Kommen Sie vorbei. Herzlich willkommen“, stand auf einem Transparent, das gut sichtbar am Gebäude angebracht war. Und das war auch so. Man konnte auch als „alte“ Person einfach so reinspazieren, ohne argwöhnisch beäugt zu werden. Und die Besetzerinnen und Besetzer gaben bereitwillig Auskunft über ihre Pläne. Ein Gemeinschaftsgarten sollte da entstehen und war auch schon weit fortgeschritten. Er wartete eigentlich nur noch darauf, dass die Setzlinge, die in Holzkisten herangezogen wurden, eingepflanzt werden und später als Gemüse auf den Tellern der Bewohnerinnen und Bewohner landen. Eine Velo-Reparaturwerkstätte wollte das Wohnkollektiv anbieten. Daneben sollten Musikerinnen und Musikern Übungsräume zur Verfügung gestellt werden. Das Restaurant hätte reaktiviert werden können. Und ei-



Nach dem Zitat Wessels: „Besetzen muss man schon noch selber.“ steht in gelber Farbe: „Gerne!“ In der schwarz-weißen Version ist dies schlecht zu sehen. (Foto: Maya Heuschmann)

nen schalldichten Veranstaltungsraum gab's da auch. Und dies alles planten die Besetzerinnen und Besetzer ohne kommerzielle Nutzungsabsichten. Zum Selbstkostenpreis sozusagen.

Der Schiessstand Allschwilerweiher wäre für solche Experimente ideal gewesen. Aus der Nachbarschaft gingen bei der Polizei kaum Klagen ein. Die Besetzerinnen und Besetzer suchten den Kontakt mit den Nachbarn, stellten ihr Projekt auch an einer Allschwiler Gemeindeversammlung vor.



Die in Holzkisten gezogenen Setzlinge hätten bald im Garten eingepflanzt werden können. (Foto: Maya Heuschmann)

Die politische Verantwortung dafür, dass dieses zukunftsweisende Projekt nun abgewürgt wurde, trägt voll und ganz Immobilien Basel, und damit die rot-grüne Regierung. Es ist beschämend, wie kleinmütig Rot-Grün entgegen allen Wahlversprechen agiert, wenn es um Wohnpolitik und Freiräume geht. Der Weg des Dialogs mit den Besetzerinnen und Besetzern wurde nicht einmal ernsthaft in Erwägung gezogen. Es gab keinen vernünftigen Grund, den Schiessstand Allschwilerweiher zum jetzigen Zeitpunkt zu räumen. Die von Immobilien Basel vorgesehenen Projekte sind frühestens in zwei bis drei Jahren spruchreif. Und die Frage sei erlaubt: Braucht es in unmittelbarer Nähe des Allschwiler Waldes einen „Erlebnispark“, wie das Immobilien Basel unter anderem vorsieht?

Was ist so bedrohlich, wenn junge Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen? Aber wenn die Regierung meint, mit der Räumung des Schiessstandes ein Problem gelöst zu haben, hat sie sich schwer getäuscht. Diese jungen Menschen geben nicht auf. Sie werden sich einen andern Freiraum erkämpfen, die rot-grüne Regierung erneut herausfordern, und BastA! wird sie dabei solidarisch unterstützen.

Medienmitteilung vom 14.05.13

Verbesserungen im Veloverkehr – das jgb bleibt dran

junges grünes bündnis

Das junge grüne bündnis nordwest (jgb) setzt sich seit seiner Gründung für das Velo als sinnvolles Verkehrsmittel in der Stadt und der Agglomeration ein.



Teilrichtplan Velo

2008 hat das jgb mit der Sammlung von Veloängewissnissen begonnen. Diese wurden nun im Teilrichtplan Velo (TRP) zur Kenntnis genommen, wozu das jgb im Rahmen

der Vernehmlassung Stellung bezogen hat: Zu begrüssen ist, dass mit dem TRP ein umfassendes und ganzheitliches Konzept für das Basler Velonetz ausgearbeitet wurde und damit ein Instrument für eine nachhaltige Velopolitik und eine Strategie zur Steigerung der Qualität des Basler Velonetzes vorliegt. Leider fehlen im TRP konkrete Massnahmen, mit welchen die erhöhten Qualitätsanforderungen erreicht werden sollen. Das jgb verlangt daher die explizite Nennung von Velomassnahmen wie erhöhte Velowege, Grünstreifen zwischen Velo- und Autostrassen, verständliche und sichtbare Beschilderungen, Aufhebung von Autoparkplätzen zugunsten von mehr Veloparkfeldern, extra Veloampeln, erlaubtes Rechtsabbiegen bei Rot, durchgehende Velowege über Kreuzungen, Veloaufreihung vor Kreuzungen und grüne Wellen für Velofahrende. Mit den aufgezeigten Massnahmen sollen die vielen Schwach- und Gefahrenstellen im Basler Velonetz, die seit Jahren bekannt sind, rasch behoben und angegangen werden.

Zudem lehnt das jgb das Verständnis der Strassenhierarchie im TRP ab, da diese im Widerspruch zu den Anliegen des Gegenvorschlages der Städteinitiative steht. Es wird damit suggeriert, dass der motorisierte Verkehr unantastbar sei und stets Priorisierung genieesse. Dies kann aber lediglich für Autobahnen gelten. In einer Stadt steht die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden über dem flüssigen motorisierten Verkehr, weshalb in der Stadt der umweltschonende Verkehr (Velo-, Fuss- und öffentlicher Verkehr) als prioritär zu gelten hat.

Ausserdem fordert das jgb, dass schnelle und sichere Veloroutenverbindungen von der Stadt in die Agglomeration und umgekehrt vorangetrieben werden.

Entwicklungsrichtplan Innenstadt

Auch bei der Vernehmlassung zum Ent-

wicklungsrichtplan Innenstadt hat das jgb die Chance genutzt weitere Verbesserungen für den Veloverkehr zu fordern. Das jgb regt an, den Perimeter der Innenstadt auf Kleinbasler Seite zu vergrössern, mit dem Fernziel einer grösseren autofreien Innenstadt. Zudem sollen alle Parkfelder in der Innenstadt aufgehoben und Parkhäuser an die Ringstrassen verlegt werden.

Weitere Verbesserungen

Mit einem im Januar vom Regierungsrat beantworteten Anzug von Sibel Arslan (ehem. jgb) von 2009 erreichte das jgb weitere Verbesserungen für das Velo: Bodenmarkierungen an der gefährlichen Kreuzung

beim Kunstmuseum wurden optimiert und zwischen Bankverein und Kunstmuseum soll Tempo 30 eingeführt werden, und auch am Aeschenplatz sind zusätzliche Radstreifen geplant.

Es lohnt sich also, dran zu bleiben und durch stetige kleinere Verbesserung dem Ziel einer sicheren, vom umweltschonenden Verkehr dominierten Stadt und Agglomeration Basel näher zu kommen.

Michelle Lachenmeier für das jgb

Link zur Stellungnahme TRP Velo:
<http://www.jungesgruenesbuendnis.ch/bl-bs/news/wir-fordern-konkrete-velomassnahmen>



Weil der Mensch ein Mensch ist

Grundeinkommen garantieren

Alle Mitglieder einer Gemeinschaft erhalten ein bedingungsloses Grundeinkommen, das die existentiellen Bedürfnisse befriedigen und die gesellschaftliche Teilhabe fördern soll. Das Grundeinkommen ist als individueller Rechtsanspruch konzipiert, ohne Arbeitszwang und ohne Nachweis einer Bedürftigkeit. Soweit eine alte Idee. Sie lebt heute neu auf. Das ist erfreulich. Auch, weil unser System der sozialen Sicherheit einseitig auf die Erwerbsarbeit ausgerichtet ist. Allerdings stehen unterschiedliche Vorschläge zur Debatte. Zentral ist für mich, ob ein Grundeinkommen die erkämpfte soziale Sicherheit ausweitet.



Zwiespältige Konzepte

Eine erste Variante des Grundeinkommens will allen Erwachsenen monatlich 1'500 Franken bezahlen. Aber aufgepasst: Wer erwerbslos ist,

kommt damit auf keinen grünen Zweig. Und Menschen mit Behinderungen bräuchten weitere Transferleistungen. Ein zweiter Vorschlag postuliert, monetaristisch motiviert, eine negative Einkommenssteuer. Das Prinzip ist einfach: Der Staat garantiert allen Haushalten ein Grundgehalt von 3'000 Franken. Hat ein Haushalt kein eigenes Einkommen, erhält er diesen Betrag direkt. Hat er ein eigenes Einkommen, dann bekommt er nicht nur die Differenz, sondern noch einen Zusatz, damit ein Anreiz zur Lohnarbeit besteht. Die Veranschlagung basiert auf der Steuererklärung. Wer mehr als 6'000 Franken verdient, muss einen Betrag für die negative Einkommenssteuer abgeben, die dann alle bestehenden Wohlfahrtsleistungen ersetzt. Einzelne private Unternehmen befürworten diese Variante. Zum einen aus Kostengründen; zum andern, weil sie so einfacher Arbeitskräfte entlassen können. Problematisch ist an beiden Varianten, dass sie keine Existenzsicherung garantieren.

Die fehlende Existenzsicherung ist auch ein Problem bei der Eidgenössischen Initiative, die, als quasi dritte Variante - im April 2012 lanciert, wertvolle Debatten provoziert. Die Initiative ist sehr offen formuliert. Sie verlangt ein Bedingungsloses Grundeinkommen, das ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen soll. Die Finanzierung und Höhe des Betrages sollen später gesetzlich geregelt werden. Das könnte dazu führen, bestehende soziale Sicherheiten abzubauen. Zudem schlagen tragende Kreise vor, das Bedingungslose Grundeinkommen über die Mehrwertsteuer zu finanzieren. Und das würde die einfache Bevölkerung stärker belasten und die soziale Umverteilung nur beschränkt fördern. Die Initiative löst allerdings intensive Debatten über den Sinn der Arbeit und unsere Konsumgesellschaft aus. Das ist wertvoll.

Wichtig wäre es, die Anliegen mit Forderungen nach Mindestlöhnen zu kombinieren und über progressive Steuern zu finanzieren.

Alternative

Damit die soziale Sicherheit gewährleistet ist, schlage ich ein Grundeinkommen vor, das an die vorhandene soziale Sicherung anknüpft und die Ergänzungsleistungen (EL) ausweitet. Wer bei uns pensioniert ist, bekommt eine Altersrente (AHV). Und wer eine Behinderung hat, erhält eine Invalidenrente (IV). Wenn diese Renten nicht ausreichen, kommen die Ergänzungsleistungen zum Tragen. Sie garantieren, dass eine Einzelperson nach Abzug der Ausgaben für das Wohnen und für die Gesundheit monatlich noch mindestens rund 1'500 Franken zur freien Verfügung hat. Leben mehrere Personen zusammen, dann erhöht sich der Betrag nach den gesamten Lebenskosten. Ich schlage nun vor, allen Haushalten die Existenzsicherung über diesen Anspruch auf Ergänzungsleistungen zu garantieren. Der Ansatz liegt mindestens 500 Franken über demjenigen der Sozialhilfe. Die zusätzlichen Kosten kämen für alle Familien mit Kindern auf keine vier Milliarden Franken zu stehen. Dieser Betrag liegt unter einem Promille der Vermögen, die Schweizer Banken derzeit verwalten. Und ein Recht auf Er-

gänzungsleistungen würde den Menschen mehr Unabhängigkeit und Rückhalt geben, um Neues auszuprobieren und sich sozial und demokratisch zu engagieren. Diese vierte Variante eines garantierten Grundeinkommens ist einfach realisierbar und baut die soziale Sicherung real aus. Über progressive Steuern finanziert, fördert sie auch die Umverteilung (von oben nach unten).

Aber wer will, wenn die Existenzsicherung garantiert ist, überhaupt noch unangenehme Arbeiten verrichten? Das ist eine Frage, die häufig gestellt wird. Im globalen Kontext lässt sich zunächst auf Millionen von Jugendlichen hinweisen, die derzeit auf die Arbeitsmärkte drängen. In der Schweiz sind überdies mehr als vier Fünftel der Arbeitsfähigen erwerbstätig. Die Arbeit hat einen hohen Stellenwert. Selbst viele Ältere wollen weiterhin Lohnarbeit verrichten. Denn diese vermittelt Selbstwert und Befriedigung. Das dürfte auch nach einem Ausbau der Grundsicherung so bleiben. Jedenfalls könnte weniger Erwerbsarbeit (und Umwelt belastende Ramschproduktion) mehr Raum für kreative Selbsttätigkeit, soziale Beziehungen und demokratische Teilhabe bedeuten. Und das aus freien Stücken. Auch, weil der Mensch ein Mensch ist.

Ueli Mäder



Die Kämpfe und sozialen Auseinandersetzungen in Tunesien gehen weiter

Weltsozialforum 2013 in Tunis

Als Vertreter des Solifonds nahm ich auf Grund dessen Beziehungen zu unabhängigen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen im Maghreb mit einer gewissen Skepsis am Weltsozialforum in Tunis teil. Haben die Sozialforen heute noch ihre Berechtigung? Wird da nicht immer dasselbe diskutiert? Vom Forum war ich dann aber durchwegs positiv überrascht. Nicht nur wegen seiner guten Organisation, sondern auch wegen den vielen interessanten Workshops und seiner Bedeutung für die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in der Region. Am Forum nahmen ca. 4500 Organisationen teil, wovon etwa 1000 aus Tunesien.



Das Wichtigste für mich war der vertiefte Einblick in die arabische Revolution – insbesondere in Tunesien. Die Revolte von 2011, welche sich über andere arabische Länder ausbreitete

und deren Auslöser die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Benazizi am 17. Dezember 2010 war, hat in Tunesien eine Vorgeschichte. 2008 gab es einen Streik in den Phosphatminen von Gafsa in Mitteltunesien an der Grenze von Wüste und fruchtbarem Land. Diese Auseinandersetzungen dauern bis heute an. Redeyef, die Stadt in der Nähe der Mine, hat eine lange linke Tradition. Ohne Organisationen wie die UDC, die Union des Diplômés Chaumeurs, eine Organisation der arbeitslosen UniversitätsabsolventInnen, sind die Kämpfe nicht zu verstehen. Die UGTT, der Dachverband der offiziellen tunesischen Gewerkschaften, hingegen war – und hier bildet Tunesien ja keine Ausnahme – bis zum Sturz von Ben Ali mit dem Regime verbandelt. Dieses Regime, im Prinzip ein mafïöser Familienclan, war gerade auch wegen seinen guten Beziehungen zu den europäischen Ländern, insbesondere Frankreich, anfänglich wirtschaftlich recht erfolgreich. Die grossen Profiteure in Tunesien sind neben der kleinen einheimischen Oligarchie ausländische, insbesondere französische Multis, Hotelketten und Banken. Zudem bildete das Regime Ben Ali ein willkommenes Bollwerk gegen Flüchtlinge aus Afrika.

Der Grund für die Revolte von 2011, welche zum Sturz von Ben Ali führte, war die Verschlechterung der sozialen Lage, insbesondere die Preissteigerungen bei grosser Prekarisierung und Arbeitslosigkeit. Die TunesierInnen leisteten ein erstes Mal kollektiven Widerstand, etwas Neues

in der Geschichte des Landes. Dies eröffnete nach dem Sturz des Regimes neue Freiräume für soziale Bewegungen und eine Erneuerung der Gewerkschaften mit Presse- und Versammlungsfreiheit. Auch heute noch finden beinahe täglich Kundgebungen, Aktionen und Streiks statt. Dies entspricht nicht dem Bild von Tunesien in unseren Medien, wonach der arabische Winter ausgebrochen und Tunesien ein gefährliches Land geworden sei, was schon zu einem beträchtlichen Rückgang des Tourismus geführt hat. Absolut beschämend ist aber vorab die Tatsache, dass es das Hauptproblem der europäischen Regierungen ist, Flüchtlinge aus Tunesien abzuhalten.

Die Revolution erwies sich als schwieriger als angenommen. Nötig ist, so die Parole der bewussten Linken in Tunesien, nicht nur eine Revolte, sondern eine Revolution. Die Revolte hat im Prinzip das alte soziale

und ökonomische System nicht angetastet, ja die wirtschaftliche Situation hat sich verschlechtert. Es war kein Problem, im Namen der Revolution neue Figuren zur Stabilisierung des alten sozialen und ökonomischen Systems zu finden, die islamistische Ennahdha, welche nach den Wahlen an die Macht gekommen ist. Mit der Revolte von 2011 wurden so wichtige Schritte in Richtung einer Demokratie gemacht, die nötige soziale Transformation hat aber nicht stattgefunden. Vorläufig handelt es sich beim Ennahdha-Regime noch nicht um ein repressives Regime – Vorbild scheint die AKP Erdogans in der Türkei zu sein.

Tunesien hat, wie viele Länder des Südens, ein Exportmodell: Alles Wichtige wird exportiert, um die Importe zu finanzieren. Die Gewinne fließen bei der Dominanz ausländischer Konzerne vorab ins Ausland. Die Handels- und Zahlungsbilanz



Migrationsfragen spielten am Forum in Tunis eine wichtige Rolle.



Eindrücklich war die Eröffnungs- und Schlusskundgebung.

Tunesiens, auch mit der Schweiz, ist negativ, was mit den asymmetrischen Freihandelsabkommen zugunsten der Zentren abgesichert wird. Die Verschuldung des Landes nimmt so ständig zu. Das Hauptinteresse des Finanzkapitals und der imperialistischen Länder ist es, dass Tunesien die Zinsen regelmässig zahlt. Wie für viele Länder, auch diejenigen Südeuropas, ist die Schuldenfrage heute die ökonomisch und politisch zentrale Frage. Das Land ist auf einen stetigen Zufluss von Auslandskapital angewiesen und seit 2011 ist es schwieriger geworden, die nötigen Kredite zu bekommen. Die Weltbank hat das Tunesien-dossier an den Internationalen Währungsfonds (IWF) übergeben, welcher heute mit dem Ennahdha-Regime Geheimverhandlungen führt, um einen Staatsbankrott zu vermeiden. Und so, wie wir den IWF kennen, wird er dem Land weitere Sparmassnahmen auferlegen. Zur sozialen Krise kommt heute die Schuldenkrise hinzu und es braucht wenig prophetische Gabe, um vorherzusehen, dass sich die Situation weiter zuspitzen wird.

Der revolutionäre Prozess ist keineswegs beendet – täglich finden Kundgebungen, Manifestationen und Streiks statt. Bewundernswert ist die Militanz der sozialen Bewegungen, insbesondere der jungen Frauen, wobei vom Kopftuch nicht

auf die Einstellung geschlossen werden kann. Politisch ist die Situation geprägt durch den Gegensatz von Ennahdha-Regime und dem Front Populaire, ein Zusammenschluss und Bündnis linker Organisationen. Finanziell ist das Kräfteverhältnis unausgeglichene, da die Ennahdha Unterstützung von Seiten der reaktionären arabischen Regimes, vorab Katars, erhält. Zudem unternimmt die Ennahdha alles, um von den wichtigen ökonomischen und



Die Kundgebungen zeichneten sich durch eine sehr hohen Beteiligung von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften aus dem Maghreb und dem zentralen und südlichen Afrika aus.

sozialen Fragen abzulenken und über alles den Schleier des Islamismus als Opium für das Volk zu legen.

Es bleibt zu vermuten, dass sich die Situation in Tunesien weiter zuspitzen wird. Mit den Erfahrungen seit 2011 werden mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Situation der Widerstand und die sozialen Kämpfe zunehmen und damit wohl auch die Repression von Seiten des islamistischen Regimes. Es stellt sich die Frage, ob sich die Konterrevolution definitiv durchsetzen kann oder ob eine soziale und ökonomische Transformation in Tunesien möglich ist. Sicher ist, dass die tunesische Linke unsere Unterstützung braucht. Und hier liegt auch die Bedeutung des Weltsozialforums in Tunis. Die Islamisten versuchen wie andere reaktionäre, nationalistische Bewegungen auch – vergleiche das Beispiel der Schweiz - das Land einzumauern. Das Weltsozialforum war der Versuch, diese Einmauerung aufzubrechen, die Kontakte zu pflegen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Auf die Frage eines Schweizer Delegierten, wie die Schweiz Tunesien helfen könne, meinte Fathi Chamki von Attac Tunesien: Es ist schon viel, wenn ihr dafür sorgen könnt, dass uns eure Regierung, das Schweizer Kapital und die Schweizer Banken als Hort von Fluchtgeldern nicht mehr weiter schaden.

Hans Schäppi

BASF baut Stellen ab

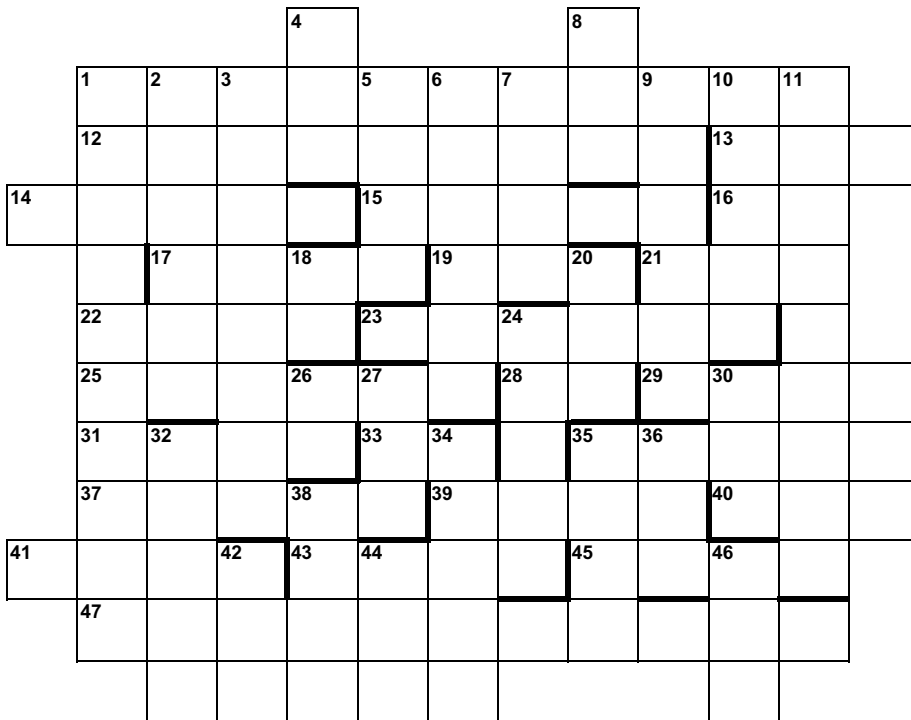
BastA! ist über den massiven Stellenabbau bei BASF empört. Wirklich überrascht hat uns dieser Schritt allerdings nicht. Wir weisen bereits anlässlich der letzten Umstrukturierung bei BASF darauf hin, dass in diesem Konzern vermutlich weitere Stellen

gefährdet sind. Auch zeichnet es sich seit Jahren ab, dass die Arbeitsstellen in der chemischen Industrie sukzessive aus der Region Basel verschwinden. Diese Entwicklung entspricht der Logik des Kapitals, die Arbeitsplätze dort anzusiedeln, wo die Arbeitenden noch unverschämter ausgebeutet werden können als hierzulande.

BastA! fordert die Konzernleitung von BASF auf, keine Kündigungen auszusprechen. Sollte es trotzdem zu Kündigungen kommen, muss ein grosszügiger Sozialplan zur Anwendung gelangen. Angesichts der immensen Gewinne, die der Konzern erwirtschaftet, sollte dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Kreuzworträtsel

von Martin Flückiger



Vogel **31**) Wenn Ungleiches sich am Ende gleicht – aber auf diese Frage können Sie sich vermutlich keinen machen **33**) Mit T am Schluss malerisch die nackte Wahrheit, theatralisch ein Stück Schnipsel oder ganz einfach eine Tat **35**) Libre genossen macht dieses Land fidel (C = K) **37**) Die Bilanz von Rot-Grün kann man nicht den Kampagnen gegen Übergewicht anlasten **39**) Was in Frankreich das Nichts, ist bei uns eine helle Röhre **40**) Amerikanischer Desinformationssender (Abk.) **41**) In der ersten spielen – zumindest in der Politik – nicht unbedingt die Besten **43**) Englische Mahlzeit **45**) Britischer Captain, der Betty Bossi entdeckte? **47**) Plötzlicher Stimmungswandel? Die Grünen gehen mit diesem Phänomen auf Stimmenfang!

Senkrecht

1) Als diese Wissenschaft angewandt wurde, erzitterte ganz Basel **2)** Snack, den man (nicht nur) der SVP schieben sollte **3)** So verharren Politiker, die Krisen aussitzen **4)** Neu Englisch **5)** In solchen Zellen kann man zuhause baden **6)** Zerrissene Basler Ständerätin? **7)** Nicht alle mit diesem Vornamen heissen Torelli **8)** Dieses unscheinbare, wenn auch häufige Wort verbindet Gott mit der Welt, damit wir darüber reden können **9)** Einer der Materie sollte eigentlich Bescheid wissen **10)** Elektronische Nachricht oder Schmelzüberzug von Töpferwaren? **11)** Institution, die aufgeschriebene Töne hortet? **18)** In dieses nationale Parlament werden offensichtlich nur NichtraucherInnen gewählt (Abk.) **20)** Bewusstseinsweiternd, wenn man die Finger davon lässt **24)** Die Crew von Alinghi rechnet mit dessen Blähung **26)** Wenn SportlerInnen aus ganz Europa sich messen (Abk.) **27)** Wer sich so macht, ist allein deswegen noch lange nicht interessant **30)** Keine Angst: Diese Schützen schießen nicht auf Lehrpersonen **32)** Der König der Lüfte in England **34)** Darin lautet die Devise: Eile mit Feile! **35)** Sprichwörtlich kein Teamplayer, wenn's um die Herstellung von Brei geht **36)** Duo wäre in Italien bereits zuviel für diese weltumspannende Organisation **38)** Frauenpower im Zeitungsformat **42)** Dieses Stinktier fehlt in keinem Kreuzworträtsel **44)** Man beginne mit B, un schon erhält man einen Frauenkurzname oder eine Berner Frühlingmesse **46)** Man beginne mit L, und schon erscheint das Nichts in einem Etwas

Waagrecht

1) Umweltgerechte Hausschuhe? Vorsicht, die fliegen davon! **12)** Gegenargumente **13)** Französisches Wort, mit ion am Schluss parlamentarischer Vorstoss **14)** Der Schauspieler George ist kein heidnischer Abgott, auch wenn sein Vorname das suggeriert **15)** Am Nachthimmel noch schöner als auf der Kinoleinwand **16)** Das alte Testament in Kurzform **17)** Ein Lebewieh, sozusagen **19)** Zürcher Sechseläuten (Abk.) **21)** Unter keinen Umständen **22)** Mit Scharen nicht unbedingt kriegerisch **23)** Gefäss, das Demonstrationen verhindert? **25)** Man beginne mit K, und schon landen Mama und Papa im Keller **28)** Erzdepe noch kürzer **29)** Bei Schwarzsehern beliebter

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.–

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Das Wort zum politischen Alltag

von Karl Valentin

„Selig sind, die nichts zu sagen haben und trotzdem schweigen.“

Impressum: Nr. 2/Mai 2013. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgrasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel